

# Neujahrsempfang der FDP-Stadtverordneten Elke Tafel-Stein am 01.02.2015 in Frankfurt

## Rede von Michael Ruiss

Sehr geehrte Frau Stadtverordnete Tafel-Stein, liebe Elke,

liebe Generalkonsulin der Ukraine, deren Land ich so gerne und häufig besuche,

Herren Konsuln,

sehr verehrte Damen und Herren,

fragt man Knigge-Experten würden sie einem dringend davon abraten, Wünsche zum Neuen Jahr noch im Februar auszusprechen. Da dies jedoch ein Neujahrsempfang ist und ich die meisten von Ihnen in diesem Jahr noch nicht gesehen habe, wünsche ich Ihnen trotz des bereits fortgeschrittenen Datums Gesundheit, Glück und alles Gute für das Jahr 2015. Das Jahr, das die FDP zum Jahr der Erneuerung der Freien Demokraten machen will.

Sie alle wissen: Ein Bild sagt mehr als tausend Worte. Wie sehr das in der Welt, in der wir leben, noch mehr wahr ist denn je, zeigt der neue Auftritt der Freien Demokraten. Die Farbe Magenta hat die Medien ähnlich umfangreich beschäftigt wie die Neujahrsansprache der Kanzlerin gegen Pegida.

Aus der Süddeutschen Zeitung zitiere ich Nadia Pantel – wohlgemerkt nicht Heribert Prantl: Mit Magenta sage die FDP mit einem „stolzen Aufstampfen“ politisch: „Hallo!!!“. Mit Magenta – schrieb Frau Pantel weiter – fordere die FDP sich selbst heraus: „zur neuen Erkennbarkeit“. Ich wünsche den Freien Demokraten, dass diese Absicht gelingt.

Die Frankfurter Allgemeine richtete ihren Blick auch auf andere Teile des neuen FDP-Auftritts: keine alte politbüroartige Sitzordnung auf der Bühne des Stuttgarter Staatstheaters, kein Rednerpult. Stattdessen zeitgemäß: Redner mit Head-Set-Mikrofon bewegen sich frei und natürlich – was der junge Alterspräsident des Bundestags und Frankfurter Abgeordnete Heinz Riesenhuber ja schon immer macht. Es herrsche „Lounge-Atmosphäre statt Frontalunterricht.“ Ihrem Bericht gab die FAZ die Überschrift: „Die FDP justiert sich neu“.

Zum Auftakt der Wahlkampagne in Hamburg im neuen Auftritt kamen dreimal mehr Teilnehmer als erwartet. Der moderne, kommunikative Saal im Alten Hauptzollamt in der Speicherstadt war proppenvoll. Spitzenkandidatin Katja Suding, die als „Unser Mann für Hamburg“ für viel Presseecho gesorgt hat, traut den Freien Demokraten bei der Bürgerschaftswahl in zwei Wochen bis zu acht Prozent zu. Vor dem Startschuss zur Neujustierung der FDP in Stuttgart zeigten Umfragen die Hamburger FDP bei zwei Prozent – eine Woche später bei vier und jüngste Umfragen bereits bei fünf. Dieser Aufbruch soll sich fortsetzen, das wünsche ich der FDP.

Magenta, sagt die Farbpsychologie, stehe für Idealismus und Transformation, Engagement, Mitgefühl und Ordnung. Mental signalisiere sie „rigide Muster zu durchbrechen“. Ja, das ist an vielen Stellen notwendig. Rigide Muster durchbrechen, neue Wege gehen, von anderen in anderen Ländern lernen, denen dies und jenes besser gelungen ist. Ein rigides Muster, das Christian Lindner durchbrechen will, finde ich besonders ansprechend: die politische Auseinandersetzung insgesamt. Warum er da einen radikalen Mentalitätswechsel für nötig hält, sagte Lindner in Stuttgart gleich zu Beginn. Es müsse Schluss damit sein, die anderen immer nur verächtlich zu machen. Die Union, die SPD, die Grünen, sie alle hätten sich um die Republik verdient gemacht, verfolgten ehrenwerte Motive, nur eben aus Sicht der FDP mit oftmals problematischen Methoden.

Dazu die Badische Zeitung: „Er will die FDP, die sich über Jahre im Freund-Feind-Modus durch die Republik keifte, andere Sitten lehren, einen anderen Umgang, auch mit der politischen Konkurrenz. Es ist ihm nicht entgangen, dass die meisten anderen Parteien auch von durchaus liberal denkenden Menschen bevölkert werden.“

Die Badische war es auch, die umfassend beschrieb, wie die FDP ihren Aufbruch in Stuttgart in Wort und Bild stimmig präsentierte. Der Blick bleibt nicht bei Magenta allein. Man schaut aufs Ganze und den Zusammenhang. FDP Parteichef Lindner sagt: „Wer sich für Meinungsfreiheit starkmache, der müsse schon im Stil den Unterschied ausmachen“. Andere aufmerksame Beobachter sähen doch auch, dass viele Menschen vom Umgang der Parteien untereinander abgestoßen werden. Vom Parteiengezänk und schädlichen innerparteilichen Auseinandersetzungen. „Wer nur die Schwächen der anderen betont scheint sich seiner eigenen Stärken nicht sicher zu sein.“, so Lindner. Einen solchen Stilwechsel in Politik und Medien durchzusetzen, wird viel Zeit brauchen. Aber eine FDP, die das tut, wird Menschen ansprechen, die sich von der Politik bereits abgewandt hatten. Hoffentlich.

Wie sehr ein Stilwechsel im Zeitgeist der Politik nötig ist, und nicht etwa nur, wie von Christian Lindner gefordert, im Umgang der Parteien untereinander, lässt sich übrigens eindrucksvoll mit einem Zitat der SPD-Generalsekretärin aufzeigen. Sie sagte der Deutschen Presseagentur zum Ende des vergangenen Jahres: „Ich bin das ewige, immer gleiche Lamento der Wirtschaftsvertreter allmählich leid. Selten waren die Voraussetzungen für die hiesige Industrie so rosig wie im Augenblick“. Von verantwortungsbewussten Arbeitgebern erwarte sie, dass diese sich endlich an der Verbesserung Deutschlands beteiligten. „Dazu gehören mehr Arbeitsplätze, bessere Tarifbindungen und endlich wieder mehr private Investitionen in Anlagen und Fortbildung. Deutschland muss besser werden, nicht billiger“. Zitat Ende.

Auch ich als Arbeitgeber in der Medienwirtschaft fühle mich hier angesprochen. Ich will mir an der Stelle aber nicht die Bequemlichkeit erlauben, diesen Unsinn von Frau Fahimi damit abzutun, dass ihr politischer Werdegang von Jungsozialisten und der Industriegewerkschaft BCE geprägt ist. Denn der Mangel an wirtschaftlichem Sachverstand, der durch solche Aussagen offenbar wird, ist nur das Eine. Und sicherlich darf man im Lichte der Agenda 2010 von der deutschen Sozialdemokratie mehr wirtschaftliche Grundkenntnisse erwarten. Der darüber hinaus jedoch offen zu Tage tretende Mangel an Respekt und Manieren im Umgang mit verantwortungsbewussten Unternehmern als Ausdruck einer ganzen politischen Kultur, ist unerträglich und nicht hinnehmbar. Hier äußert sich die gleiche unbekümmerte Dreistigkeit, mit der uns der verordnete Mindestlohn in einem Tarifautonomiestärkungsgesetz plausibel gemacht werden soll oder die zweimal versprochene Aufhebung des Solidaritätszuschlags mit der banalen Begründung, wir brauchen das Geld, endgültig vorenthalten wird – eine unzweideutige Steuererhöhung, die die Große Koalition ausdrücklich ausgeschlossen hatte. Selten hatte die Politik Gelegenheit, allen Bürgern ihre Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit auf so einfache Weise unter Beweis zu stellen. Oder so gründlich zu ruinieren.

Bewusst möchte ich an dieser Stelle zurückkommen zur Farbe Magenta, der wir ja seit einigen Jahren immer öfter begegnen. Schon im Viktorianischen Zeitalter war sie beliebt. Nicht zuletzt auch in der Mode. Ihr wurden Persönlichkeit und Charme zugeschrieben. Sie galt als Farbe der Aufklärung und des Nonkonformismus. Seitdem zielt Magenta nicht nur die College-Tageszeitung in Cambridge. Das Blatt hieß anfänglich auch so. In Frankfurt ging Magenta sogar an die Börse. Als Freunde des Palmengartens wissen wir zu berichten, dass Magenta in den Tropen als Blumenfarbe häufig ist, weil sie sich von der grünen Umgebung am besten abhebt: entscheidend für Insekten und damit die Fortpflanzung. Dem vorherrschenden grünen Erscheinungsbild in den Tropen entspricht der herrschende Zeitgeist in unserer politischen Botanik. Magenta ist also vor allem der Erneuerungs-Auftrag der Freien Demokraten an sich selbst: Die FDP als Bewegung der Freiheit gegen den Zeitgeist der Uniformität für alle unübersehbar machen.

Manfred Güllner, Meinungsforscher und Sozialdemokrat, erklärte 2012 den „grünen Zeitgeist“ vor allem mit vier Beobachtungen.

„Ursprünglich originär ‚grüne‘ Themen wie der Umwelt- und Klimaschutz, eine Umdeutung des Fortschrittsbegriffs, die Diskreditierung von Mobilitätschancen durch Auto oder Flugzeug sowie von Groß-

Technologien“ sind in alle Schichten der Gesellschaft und alle Parteien eingesickert. Das war umso leichter möglich, weil erhebliche Teile des öffentlichen Dienstes politisch grün orientiert sind – nicht zuletzt unter Pädagogen.

Güllners zweite Feststellung betrifft die politischen Vorlieben von Journalisten. Schon 2005 zeigte eine Untersuchung, dass 36 Prozent von ihnen „den Grünen zuneigen – während nur neun Prozent mit der CDU/CSU sympathisieren“. Fünfmal mehr Journalisten als Wahlberechtigte waren schon 2005 Sympathisanten der Grünen. Diese Anteile, davon gehe ich aus, sind seitdem gestiegen.

Der dritte Hinweis: Der grüne Zeitgeist konnte sich nur deshalb derartig ausbreiten, weil ihm alle politischen Richtungen nicht nur keinen Widerstand entgegensetzten, sondern zuerst die SPD und dann auch die Unionsparteien dem Zeitgeist beitraten. Mit Atomausstieg und Energiewende hat die Physikerin im Kanzleramt – sie war mal Bundesumweltministerin – den Grünen ihre politische Identität ebenso genommen wie ein Thema nach dem anderen den Genossen. Und die Union sozialdemokratisiert sich immer weiter.

Immer häufiger erleben wir die bewusste Lenkung von Wirtschaftsprozessen, die nicht ökonomischen Notwendigkeiten folgt, sondern, je nach Richtung eines wirtschaftsfremden Mainstreams, weltanschaulichen Beliebigkeiten. Längst hat sich der Staat von der ordoliberalen Maxime der Begrenzung auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung verabschiedet, längst beschränken sich staatliche Interventionen nicht auf kritische Ausnahmesituationen. Wenn das so weitergeht.

Dabei müsste allen politischen Akteuren doch bewusst sein, dass die größte Herausforderung für den wirtschaftlichen Erfolg der Betriebe heute in den Risiken und Hemmnissen liegt, die durch die restriktiven politischen und administrativen Vorgaben geschaffen werden: Gewerbesteuererhöhungen auf Rekordniveau, unpraktikable Nachweis- und Dokumentationspflichten, sach- und wirklichkeitsfremde Auflagen, Durchführungsverordnungen. Der neuste Schilfbürgerstreich kommt aus dem Bundesarbeitsministerium, das am kommenden Mittwoch eine neue Arbeitsstättenverordnung verabschieden will. Dann soll künftig selbst bei einem Home-Office Arbeitsplatz kontrolliert werden müssen, ob die Beleuchtung hell genug ist, ob die Sonne blendet, ob es durch den Computer im Raum nicht zu warm oder ob der Schreibtisch daheim auch groß genug ist, damit der Arbeitnehmer auch die Handballen vor der Tastatur auflegen kann. Selbst vor der Frage, wo Mitarbeiter ihre Jacken aufhängen, macht die Regulierungswut genauso wenig Halt wie davor, ob die Toiletten im Betrieb ein Fenster haben. Falls nicht, muss eben umgebaut werden. Bürokratischer Irrsinn in Absurdistan.

Statt des versprochenen Bürokratieabbaus der Koalition auf Bundes- aber auch auf Landesebene drohen Mittelstand und Kleinunternehmer – übrigens die Kernzielgruppe der FDP – an Bürokratie zu ersticken. Verspricht die FDP im nächsten Wahlkampf wieder, diesen Irrsinn zu beenden?

Zurück zu Güllners vierten Beobachtung, die wohl viele von uns laufend auch machen: Wenn sich Parteien und Politiker, dem Zeitgeist folgend, zunehmend nicht mehr unterscheiden, sehen „weite Teile der Bevölkerung ihre Interessen und Probleme nicht mehr in der Politik vertreten“. Dieser mangelnde Unterschied zerschloss auch die Liberalen. Ausgerechnet die kreative FDP, die fast einklagbare Wahlversprechen gegeben hat, ist im Einheitsbrei versunken. Das Ergebnis kennen wir: Eine 80 prozentige Mehrheit im Bundestag, eine Volkspartei um 25 Prozent, Nichtwähler, Piraten, dann AfD und schließlich Pegida.

Wir alle haben zum Jahreswechsel über persönliche, wirtschaftliche und familiäre Herausforderungen hinaus Anlass zur Sorge. Doch Sorge und Ängste sind bekanntlich schlechte Ratgeber. Auch reichen sie nicht aus, um Einfluss auf unser gesellschaftliches Zusammenleben zu nehmen. Wir brauchen mehr denn je den Dialog, Entschlossenheit im Handeln und ganz besonders, den Mut zur Freiheit. Freiheit aber muss in Demokratie und Rechtsstaat, ebenso in der politischen Kultur, bedeuten, dass nicht das Diktat der Political Correctness den Umfang der freien Meinungsäußerung bestimmt. Dies gilt im Hinblick auf die Pressefreiheit und gleichfalls auf das zu respektierende Recht, sich mit den Mitteln unserer von der Verfassung geschützten Weltanschauungsfreiheit und der unantastbaren Würde eines jeden Menschen auch zu wehren. Aber eben nicht gegen die Freiheit des Andersdenkenden, dieses Andersdenken auch aussprechen zu dürfen. Sondern im Sinne

des Formulierens der eigenen Meinung, Gedanken und Weltanschauung. Wir müssen in jedem offenen und ehrlichen Diskurs damit rechnen, dass es zu Verletzungen kommt. Sobald diese Blessuren aber in einem tatsächlichen Schaden an der Unversehrtheit von Leben und Würde des Menschen münden, ist die Freiheit des ausgesprochenen Wortes und damit der Meinungsäußerung in Gefahr. Und sie ist es auch, wenn wir Andersdenkende ausgrenzen. Denn damit befördern wir Konflikte, die undiskutiert, unreflektiert spätestens bei den nächsten Wahlen ihre Wirkung auf uns alle nicht verfehlen werden.

Für uns Alle, so meine ich, gelten zwei wesentliche Maximen. Erstens, das Prinzip von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemäß unserer Verfassung. Zweitens die Grundordnung der sozialen Marktwirtschaft. An diesen, und sicherlich durchaus komplexen, Maßstäben orientieren sich auch die Bewertung und der daraus resultierende Umgang mit politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konflikten. So jedenfalls sollte es sein. Doch ich meine feststellen zu müssen, dass wir in allen angesprochenen Bereichen eine Abkehr beziehungsweise Missachtung dieser Prinzipien erfahren.

Ich bin ein christlich erzogener Mensch. Und als solcher wage ich auch mich noch heute zu bezeichnen. Aber, weder privat noch publizierend oder in der Lehre bin ich Soziologe, Theologe oder gar Missionar. Es ist nicht meine Angelegenheit – nicht mein Bier –, mich öffentlich mit religiösen Fragen zu befassen. Oder damit, wie Menschen – gleich welchen Glaubens oder welcher Weltanschauung – leben oder welche Sprache sie zuhause sprechen sollen. Mich wundert allerdings, wie viel Sachkompetenz hier in allen politischen und gesellschaftlichen Kreisen, in den Talkshows der Republik und mittlerweile sogar in öffentlich-rechtlichen Nachrichten und Magazinen vorzuherrschen scheint. Uns muss doch alleine interessieren, dass ein Jeder, der in unserer Gesellschaft ein Zuhause findet oder hat, finden möchte oder sucht, sich zu unseren Grundprinzipien bekennt. Diese respektiert und vor allem nicht ablehnt oder gar bekämpft. Das muss der Gradmesser sein und nicht unlösbare Diskussionen über Religion und Sitten als solche. Denn Terroristen stehen ebenso wenig allein für den Islam wie die Sachsen mit ihrem schwarzrotgoldenen Montagabendchristentum für deutschen Patriotismus.

Bei allem Verständnis für Entheimatungsängste und die wachsende Gefahr, die von bestimmten muslimischen Milieus auch in Frankfurt ausgeht: Ich mag Pegida nicht. Vor allem nicht, dass Fahnen schwingende Horden die ehemals an eine Diktatur adressierte Parole „Wir sind das Volk“ jetzt in einer Demokratie für die Ausgrenzung anderer Hautfarben und Religionen brüllen. Ich habe aber auch die Nase voll von diesen rituellen, moraltriefenden Pegida-Distanzierungs-Artikeln. Vor allem wenn man bedenkt, dass für mehr als drei Viertel derer, die wöchentlich unter fragwürdiger Flagge aufmarschieren, und seit neuestem auch für den halben Vorstand der patriotischen Europäer, die angebliche „Islamisierung des Abendlandes“ überhaupt keine Rolle spielt. Ihnen geht es schlicht um ihre Unzufriedenheit mit unserer stickigen Konsensdemokratie.

Wenn die FDP wieder Gehör fände, dann könnte sie all denen eine Heimat bieten, die sich gerade auch in emotional aufgeheizten Zeiten ihre eigenen Urteile bilden wollen. Denen, die dem Druck nicht nachgeben, sich der einen oder anderen Seite im intoleranten Schwarz-Weiß anschließen zu müssen. „Freie Demokraten“ haben für mich keine Einheitsmeinung, sondern Meinungsfreiheit.

Pressefreiheit ist ein wichtiger Teil der Meinungsfreiheit. Wo es keine freie Presse gibt, existiert auch keine Meinungsfreiheit. Auf den ersten Blick sind die weltweiten Solidaritätsadressen im sprechenden Bild „Je suis Charlie“ mehr als beeindruckend. Doch dann beginnen Zweifel und Fragen. Warum war die Zahl derer viel geringer, die gegen die Todesstrafe auf Raten durch 1000 Peitschen-Hiebe in Saudi-Arabien für Ausübung der Pressefreiheit durch einen Blogger aufstehen? Sind Meinungsfreiheit und Pressefreiheit teilbar? Hängt die Frage, wie ernst sie genommen werden, von politischer Opportunität ab? Ich wünsche mir, dass die erneuerte FDP jene Plattform wird, auf der freie Demokraten mit kleinem und großem F solche Fragen stellen und frei von jedweden Rücksichten beantworten. Der Meinungsfreiheit einen Platz ohne Grenzen, der Freiheit eine Gasse.

Die bittere Erkenntnis der Anschläge in Frankreich lautet: Die Pressefreiheit kann von keinem Parlament, keinem Sicherheitsapparat, nicht von der Kanzlerin und nicht vom französischen Präsidenten garantiert werden. Es gibt für die Pressefreiheit eben nur ein Garantieren durch Praktizieren. Das publizistische Restrisiko bleibt. Es kann

auch nicht von der EZB in die Bücher genommen werden. Das eben unterscheidet Publizisten von den Bankern: Verantwortung und Risiko bleiben gekoppelt. Auch deshalb muss das Unwort „Lügenpresse“ verpönt bleiben.

Der Bundeskanzlerin werden die meisten zustimmen, wenn sie kürzlich im FAZ-Interview sagt: „Wir sind uns bewusst, dass die von früheren Generationen erkämpfte Religions-, Meinungs- und Pressefreiheit nicht für alle Zeiten garantiert ist, sondern dass jede Generation neu für diese Werte eintreten muss.“

Frankfurts Bürger sind für diese Werte eingetreten, als sie Fragida am vergangenen Montag erneut scheitern ließen. Der Stadtgesellschaft, mit Ihrem Migrantenanteil von 43 % und Menschen aus 170 Nationen, ist bewusst: Ohne Internationalität keine solche Skyline, kein Flughafen bald mit Terminal 3, keine weltweit älteste Messe. Internationalität schafft Prosperität. Pegida und der Terror gegen Andersgläubige zeigen auf gewiss verschiedene Weise, dass wir wie jede Generation den Kampf für Freiheit, Menschenrechte und Toleranz immer wieder neu führen müssen. Deshalb werden auch hier am Main die Debatten um Islam, Islamismus und Salafismus weitergehen. Dabei werden wir auch - anders als der zitierte Zeitgeist - die heikle Frage nicht ausklammern, was Muslime am Verhältnis von Islam, Islamismus und Salafismus, von Gewalt und Terror in aller Welt vor allem selbst zu klären haben. Und ich bin froh, dass Frankfurts weltoffene Bürger diese Frage – anders als in Dresden – keinen rassistischen Scharfmachern überlassen wollen.

Zu Beginn erinnerte ich daran, dass ein Bild mehr sagt als tausend Worte. Der Vorsitzende der bayerischen FDP, der Unternehmer Albert Duin, stellte sich am 17. Januar vor die saudi-arabische Botschaft in Berlin mit einem Schild, auf dem in Magenta stand: „Ich bin Raif“. Womit er anbot, 949 weitere zu finden, die anstelle des saudischen Bloggers Raif Badawi die Peitschenhiebe auf sich nehmen, um sie ihm zu ersparen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Frau Stadtverordnete Tafel-Stein, liebe Elke,

ich wünsche uns allen ein gutes und erfolgreiches neues Jahr. Vor allem aber wünsche ich der Freiheit in Deutschland eine kraftvolle und unüberhörbare Stimme.

--

Michael Ruiss (36 Jahre), Verleger und Geschäftsführer des TOP Magazin Frankfurt Rhein-Main (m.ruiss@top-frankfurt.de), Oberleutnant zur See d.R. (67. InfoDVag), Honorarprofessor für Publizistik der Wisconsin International University (USA) Ukraine – WIUU (ruiss@wiuu.edu.ua).